Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

Preis 500 Mark

# Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Mittwoch
27. Juni 1923

Chefredakteur Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48 Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt: Moltenhof 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags nur in einer Ausgabe täglich. Man bestellt beim Verlag. Bezugspreis 15000 M monatl.

In Fällen höherer Gewalt, vom Betriebsstörung, vom Streik oder ähnlichen Einstellung des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung eines Entgelts. Tagespreis für Anzeigen 3000,— M je 30 mm breite mm-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

27. 6. a

Nr. 293
62. Jahrgang.

500

## Eine Unterredung mit Tirpitz.

Der bekannte amerikanische Zeitungskorrespondent Karl von Wiegand hatte dem Großadmiral von Tirpitz zwei schriftlich formulierte Fragen vorgelegt, dieurzeit aktuelles Interesse für die Marine der Vereinigten Staaten haben. Der Großadmiral hat die Fragen schriftlich beantwortet. „New York American" druckt nun die Antworten ab. Es ist nicht ohne Interesse, daß in der Einleitung der Großadmiral von Tirpitz nicht nur als der beste Kenner deutscher Marinefragen, sondern auch der Marinefragen der ganzen Welt bezeichnet wird. Um die Beantwortung der ersten Frage zu verstehen, muß einiges vorausgeschickt werden. Der Washingtoner Abrüstungsvertrag sah vor, daß die nicht von den Litten gerüchteweise Gerüchte durch bauliche Verbesserungen gegen die neuen Waffen des Seekrieges geschützt werden dürften, doch müsse dabei eine Verzögerung des Deplacement von mehr als 3000 Tonnen vermieden werden. Die Amerikaner wünschten die Reichweite ihrer schweren Geschütze so zu vergrößern, daß sie deren der englischen Schiffe gewachsen war. Die größere Reichweite hat taktische Konsequenzen. Destroyer- und Flugzeugangriffe werden durch größere Reichweite erschwert. Der bekannte amerikanische Marine-Staatssekretär hatte für diese Umbauten mehrere Millionen Dollars angefordert. England erhob dagegen Protest. Nachdem durch diplomatische Verhandlungen zwischen England und Amerika festgestellt war, daß die Geschützrüstung der englischen Schiffe nach dem Kriege keine grundsätzlichen Umänderungen erfahren haben, hat der amerikanische Staatssekretär Denby erklärt, die vom Kongreß bewilligten Gelder für die Erhöhung der Reichweite der Geschütze nicht in Anspruch nehmen zu wollen. Nach offiziellen englischen Angaben beträgt die Reichweite der schweren amerikanischen Geschütze 19 200 bis 31 500 Meter, die der englischen 21 750 bis 27 700 Meter. Die amerikanischen Geschütze stehen aber noch wie vor auf dem Standpunkt, daß die Reichweite der Geschütze noch Möglichkeit erhöht werden müsse und daß der Washingtoner Abkommen dadurch nicht verletzt werde. Der Einspruch Englands hatte die amerikanische öffentliche Meinung stark beschäftigt.

Die erste an Großadmiral von Tirpitz gerichtete Frage lautete:

„Was denken Sie über die letzten Aeußerungen des Admirals Sims betreffend den deutschen U-Bootkrieg?"

Großadmiral von Tirpitz antwortete dem Sinne nach:

„Admiral Sims war schon vor dem Kriege kein Deutschenfreund. Er bewies dies durch seine bekannte Guildhallrede in London. Aber auch ohne diese programmatische Aeußerung möchte ich auf Ansichten aller Art schließen, daß die Vereinigten Staaten im Kriegsfalle immer geneigt sein würden, den Engländern ihren schwersten Wettbewerber zu beseitigen, wenn eben die Zeit dazu reif geworden war. Admiral Sims hat diesem Standpunkt am deutlichsten Ausdruck gegeben.

England befand sich 1917 trotz der auf deutscher Seite gemachten politischen Fehler in überaus gefährlicher Situation. Nur der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg rettete England. Admiral Sims hat ohne Zweifel bedeutende Verdienste daran, daß der U-Bootskrieg zum Stillstand kam. Keine englische Geschichtsfälschung kann diese Tatsache verwischen. Die von England beherrschte amerikanische Presse machte erst die Vereinigten Staaten kriegsreif. Auch heute noch steht ein Teil der amerikanischen Presse fast unter englischem Einfluß. Im Sinne des Vorhergesagten ist es als ein Akt edelster Ritterlichkeit anzusprechen, wenn Admiral Sims sich jetzt so über die Formen des deutschen U-Bootskrieges äußerte, wie es tat, und auch die Konsequenzen dieser Handlungsweise nicht scheute.

Es ist auch sehr wohl möglich, daß Admiral Sims durch seine Ausführungen bei der amerikanischen Flotte für die Zukunft eine gewisse Handlungsfreiheit zu sichern bestrebt war, für den Fall nämlich, daß die Vereinigten Staaten in die Lage kommen sollten, in der sich Deutschland befand. Frankreich hat ja auch in einem seiner offiziellen Preßorgane die völlige Korrektheit des deutschen U-Bootskrieges anerkannt.

Die Ansichten, mit denen Admiral Sims den Eintritt Amerikas in den Krieg begründet, teile ich nicht. Aber man kann auch von ihm nicht erwarten, daß er als Amerikaner unverblümt die Interessen von Wallstreet als den eigentlichen Grund für die Stellungnahme Amerikas bezeichnet. Einer späteren Zeit wird vorbehalten bleiben zu entscheiden, ob die Vereinigten Staaten nach ihren wirklichen Interessen handelten, als sie gegen Deutschland Partei ergriffen."

Hollweg.

### Stürmische Marktflucht.

An der heutigen Börse fand eine sprunghafte Steigerung aller Kurse statt auf Grund der gespannten internationalen Lage, sowie der Kurssteigerung der Devisen, für die sich großer Bedarf zeigte. Dollarsicherungsverfügungen erreichten der Kasse vorübergehend einen Kurs von 178 000, für spätere Termine wurden sie sogar über 200 000 notiert.

### Amtl. Dollarkurs: 153000.

Marktflucht hauptsächlich für Effekten.
Große Steigerungen zum Devisenmarkt.

## Bayern für Deutschlands Einheit.

### Rede v. Knillings.

pn. **München**, 27. 6. (Eigenbericht.)

Im bayerischen Landtag hat heute der Ministerpräsident v. Knilling bei der Beratung des Etats seines Ministeriums eine große Rede über die politische Lage gehalten. Vor dem außenpolitischen Publikum mußte das innerpolitische zurückstehen. Das deutsche Volk sei ein unpolitisches Volk und durch Bismarck zu zentralistisch geworden. In seinem Kopf habe sich das Denken und der Wille der Nation konzentriert. Nach Bismarck an leidenschaftlichen außenpolitischen Denken nicht gewöhnt und den berufenen Amtsstellen vertrauend, habe das Volk mit dem Umsturz die Staatsordnung selbst in die Hand genommen. Die Forderung von Versailles wäre unmöglich gewesen, wäre das deutsche Volk seiner neuen Aufgabe gewachsen gewesen. Der harte Schuh der letzten Jahre habe ihm die so dringend nötige politische Reife auch nicht zu geben vermocht. Es vergeudete Kräfte im inneren Streit, statt sich in Ruhe und geschlossene Einheit darauf zu besinnen, daß wir Bayern sind. Unsere Außenpolitik sei eingeschlossen in die Begriffe Rhein und Ruhr. Wegen angeblicher vertragswidriger Nichterfüllung von Reparationsverpflichtungen sei Frankreich zu seiner Ländervorstoß übergegangen, trotzdem von einem schuldhaften Verhalten Deutschlands nirgends die Rede sein könne. Und selbst, wenn die Verfehlungen zutreffen, habe es keine Rechtsgrundlage für das Vorgehen. Zu den bisherigen ein vorbeugter Bruch des Versailler Vertrages und des Völkerrechts sei und bleibe, die brutale rechtswidrige Vergewaltigung eines wehrlosen Volkes. Die traditionelle französische Rheinpolitik solle durch Wiederholung der Politik Ludwigs XIV. und Napoleons I. jetzt vervollständigt, das Deutsche Reich zertrümmert, das entwaffnete deutsche Volk vom Rhein abgetrennt und die Machtüberlegenheit Frankreichs in Europa dauernd begründet werden. Diese Aktion habe man in Bayern durch Anzettelung separatistischen Hochverrats mit 100 Millionen unterstützt und unterstütze gleichzeitig die Kommunisten in Norddeutschland und der Pfalz.

Die letzteren Gewalt-, Raub- und Gewalttaten der Franzosen schilderte und brandmarkend erklärte der Ministerpräsident, Schlageters Name werde unter den geschichtlichen Namen wie Schill, Palm und Andreas Hofer glänzen. Die Welt lege immer wieder dem Eingeweihten, was an Rhein und Ruhr geschehen. Aber hatten der Papst und die schwedischen Bischöfe ihre Stimme erhoben, auch neutrale im schweizerischen Nationalrat ein hoher Richter; aber das Gewissen der Welt sei eingeschläfert, weil sie immer noch an die große Lüge der Geschichte, an die

**Lüge von unserer Kriegsschuld,**

glauben. Damit muß aufgeräumt werden. Deutschland hat seine Ehre gewahrt, Frankreich, obwohl wiederholt dazu aufgefordert, lehnt sich, ein gleiches zu tun, obwohl sich jeder Wahrheitsfreund heute schon denken lassen kann, daß nicht Deutschland, sondern Frankreich den Krieg verschuldet hat.

Der Reichskanzler hat im Namenschen Rathaus auf Zumutung gewisses Zugeständnis der wahren Kriegsziele Frankreichs hingewiesen, und Frankreich ist stillschweigend darüber hinweggegangen. Die Aktenveröffentlichungen aus den Moskauer Archiven erwiesen die entsprechende Einstellung der Entente-Politik und ihre geradlinige Entwicklung. Das deutsche Volk erwartet, daß die Reichsregierung zur Offensive gegen die uns unter dem Zwange der Hungerblockade abgepreßte Kriegsschuldlüge vorgehe, eine Unterschrift, die jeder Gerechtdenkende für null und nichtig erkennen müsse.

Wir bitten nicht um Mitleid,

**wir fordern Gerechtigkeit,**

und nur Wahrheit und Gerechtigkeit allein können auf die Dauer die Grundlage des Völkerlebens bilden. Die Waffe erst wieder hervorgeholt, sie die auf der Fragen geratene Welt wieder in Ordnung gebracht werden kann. Die französische Politik hat das deutsche Volk immer zur Wehrlosigkeit zwingen. Solange es sich noch als Nation fühlt, wird es sich darauf verlassen, einen nationalen Staat zu bilden und wird jedem Angriff auf seinen nationalen Bestand den Widerstand bis zum äußersten entgegensetzen. Unser politischer Widerstand aber ist ein elementarer, ist naturgemäß, ein aus der Seele des Volkes gewachsener und von allen seinen Kräften getragener Widerstand. Diese Widerstand kann nicht von der Regierung befohlen werden, er kann daher auch nicht von der Regierung abbefohlen werden, weder ganz noch teilweise.

Ueber das politische Ziel der Franzosen ist ein Verhandeln unmöglich. Wir sind der Deutschen Reichsregierung und der deutschen Nation dann und darf nicht verhandelt werden. Deutsches Land und deutsche Souveränität dürfen nie und nimmermehr zum Gegenstand diplomatischer Verhandlungen und Kompensationen gemacht werden. Ueber Meinungsbeschiedenheiten, die in wirtschaftlicher Beziehung über Höhe und Zeitpunkt der von und aufzubringenden Leistungen und über die Mittel der deutschen Leistungsfähigkeit bestehen, sind Verhandlungen möglich. Aber ohne Nichtanerkennung der unerhörten Maßnahmen gegen treubrüchige Bestimmungen ohne Aufhebung der Ausweisungen und kriegsgerichtlichen Urteile gibt es keine wirtschaftliche Verständigung.

Solange Frankreich am Rhein steht, gibt es für Europa keinen Frieden. Am 2. Juli hat die Reichsregierung an die alliierten Mächte eine Note gerichtet, in der sie erneut die Bereitwilligkeit zu Verhandlungen ausspricht. Ich war nicht in allen Dingen einverstanden. Bayern muß es als sein gutes Recht ansehen im einzelnen Falle, zumal in einer für das Reich so bedeutsamen Frage, eine abweichende Meinung gegenüber der Reichsregierung zu vertreten. Eine Reichsregierung, die den berechtigten Lebensnotwendigkeiten der Länder geschützend Rechnung trägt, und die eine zielbewußte, von nationaler Würde getragene Reichspolitik als Ziel ihrer Arbeit betrachtet, wird Bayern stets als getreuen Gefolgsmann an der Seite haben. Die gegenwärtige Reichsregierung kann das Vertrauen beanspruchen, daß sie keine Unterlassungen gerüchtet wird. Alle Gerüchte von einer auch nur vorübergehenden Vertrimmung zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung aus jenem Anlaße muß ich als das bezeichnen, was sie sind: als haltlose Erfindungen.

Der englische Premierminister hat vor Tagen in einer Rede gesagt, man habe heute die Zivilisation in die Brüche gehen und die ganze Welt erbeben. Auch vom deutschen Reiche wird von den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Entscheidung, um sie es gegenwärtig geht, ist die gleiche, wie zu den Zeiten Ludwigs XIV. und Napoleons I. Von ihr hängt das Schicksal Europas ab, und wie damals ist es auch jetzt wieder in erster Reihe in die Hand Gottes gelegt. Wie auch die Würfel fallen mögen, helfen wissen wir uns bewußt sein, daß gerade jetzt, wo vielleicht noch bange, schwere Wochen oder auch Monate sich zu einer starken Gesamtheit zusammenfinden können, unsere Widerstandskraft nicht erlahmen darf. Würden wir jetzt nach solchen Opfern und Leiden

## Mahnruf an die deutsche Wirtschaft.

### Ein Appell des Reichswirtschaftsministers.

Der Reichswirtschaftsminister Dr. Becker richtete an den Reichsverband der deutschen Industrie, den Zentralverband des deutschen Großhandels, den Reichsverband des deutschen Ein- und Ausfuhrhandels und den deutschen Industrie- und Handelstag den folgenden Appell:

„Die Devisenpolitik der Reichsregierung kann nur dann Erfolg haben, wenn die intuitiven Berufe und Handelskreise sich bei ihren Anordnungen an den Devisenmarkt, insbesondere unseres Einfluß auslandischer Nationale und Börsen, die allergrößte Einschränkung. In den Erörterungen über unsere Devisenlage kehrt auch immer die Behauptung wieder, daß verwaltungsmäßige Rechtsfest- und Warenlager wie die Devisenbestände bei vielen Firmen über das unbedingt erforderliche Maß hinausgehen. Solche Bestände jetzt für unsere Volkswirtschaft nutzbar zu machen, ist vaterländische Pflicht, angesichts der schweren Gefahren, die Reich und Wirtschaft bedrohen, wenn den Verfall der deutschen Währung nicht Einhalt geboten werden kann.

Ich richte an alle Kreise der deutschen Wirtschaft das dringende Ersuchen, die Reichsregierung nicht nur durch peinliche Befolgung der von ihr erlassenen Vorschriften, sondern auch durch freiwillige verständnisvolle Mitarbeit zu unterstützen. Die wirtschaftlichen Kreise werden sich bei allen geschäftlichen Maßnahmen, welche irgend auf den Stand der Reichsmark Einfluß üben können, Rechenschaft darüber ablegen müssen, ob ihre Geschäfte dieser Art sachlich und zeitlich von solcher Dringlichkeit sind, daß ihre Durchführung in gegenwärtigen Zeitpunkt der Währungsnot gegenüber der deutschen Gemeinwirtschaft verantwortet werden kann. Ich würde es mit Dank anerkennen, wenn die maßgebenden Spitzenverbände in diesem Sinne auf ihre Mitglieder mit Nachdruck einwirken würden."

### Ausführungsbestimmungen zur Devisenverordnung.

Die Ausführungsbestimmungen über den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln zum Devisenkurse sind heute veröffentlicht worden und befinden sich im volkswirtschaftlichen Teil dieser Nummer.

## Sie morden weiter!

**Essen**, 27. 6. (W. T. B.)

**Nach einer Meldung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" aus Bochum wurde heut gestern abend in allen Straßenbahnen auf der Strecke zur Sparkasse der Zechenbahn Bringen von einem bellgelben Offizier erschossen. Pringen war zuvor von dem Offizier gefragt worden, ob er sich bei dies in energischer Weise verbieten haben. Pringen ist Schwerkriegsbeschädigter und Vater von fünf Kindern.**

**Vor dem Rathaus in Horst-Emscher wurde gestern nachmittag um 5½ Uhr ein Mann, der in das abgesichtsfene Gebäude wollte, erschossen.**

### Wieder 1870 Eisenbahnersamilien vertrieben.

**Duisburg**, 27. 6. (W. T. B.) Wie verlautet, werden morgen früh um 9 Uhr etwa 285 Eisenbahnerfamilien von Duisburg-Hauptbahnhof aus die Frankreich und unbesetzte Gebiet anstreben. In Duisburg hatten zunächst 233 Eisenbahner nebst Familien den „Ausweisungsbefehl" erhalten, hierunter befanden sich auch einige Duisburger Eisenbahnerin wurde ein Aufschub bewilligt. Mit den Duisburgern zusammen werden, wie es heißt, 85 Eisenbahner nebst Familien aus Düsseldorf-Gerresheim, die gleichfalls den „Ausweisungsbefehl" erhielten, die Reise antreten. Alle Ausgewiesenen müssen ihre Mobilier in den Wohnung zurücklassen.

Die wie bisher, haben die Franzosen während der letzten Tage fünfzehnhundert Familien von Eisenbahnbeamten aus dem Bezirk Rheinhessen ausgewiesen. Insgesamt kann die Zahl der von diesen Ausweisungsbefehl betroffenen Eisenbahner auf 6000 geschätzt werden.

**Rom**, 27. 6. (W. T. B.) Nach der „Römischen Zeitung" sieht der Papst dem Rektor der Universität München durch den Nuntius Pacelli **von Landen**, ein besonderer Betrag zukommen gekommen, nach dem Judet durch Vermittlung des Papstes und der französischen Bonapartisten gegen eine hohe Gebühr zum Frankreich Ende 1914 und Anfang 1915 eine große Bewegung zugunsten eines Friedensschlusses mit Deutschland inszeniert sollte. Es sollen tatsächlich einige Telegramme und Depeschen unterzeichnet von Jacques Judet und den genannten deutschen Politikern zwischen Rom und Paris durch Vermittlung des Herrn Jagow, sei durch Vermittlung des Leiters der politischen Abteilung im besetzten Belgien, Herrn **von Lancken